

Das Projekt Kriminalitätsbekämpfung soll im Mai in die Umsetzungsphase gehen

Am 3. März 2023 hat Innenminister Ebling „zukunftsweisende Reformen und Modernisierung in der Kriminalitätsbekämpfung“ angekündigt. Grundlage für die Reformen sind die Arbeitsergebnisse der AG Kriminalitätsbekämpfung, die in knapp 1,5 Jahren unter Führung des ehemaligen LKA-Präsidenten Johannes Kunz und des zukünftigen Inspektors der Polizei, Friedel Durben, erarbeitet wurden. Positiv hervorzuheben war die breite Beteiligung von über 100 Kolleginnen und Kollegen aus der rheinland-pfälzischen Kriminalpolizei.

Während der BDK die DPoIG offiziell in den Sitzungen der AG Kriminalitätsbekämpfung vertreten hatte, konnte die DPoIG durch eine Mitarbeit in mehreren Fachkreisen die Ergebnisse der AG aktiv mitgestalten.

Nachdem die AG zunächst die aktuelle Situation der rheinland-pfälzischen Kriminalpolizei sowie die veränderten Anforderungen an die Kriminalitätsbekämpfung erhoben hatte, wurde der Handlungsbedarf für eine umfassende Reform mehr als deutlich. Insbesondere

die Megatrends der Digitalisierung und der Internationalisierung überfordern die bestehenden Strukturen der Polizei Rheinland-Pfalz. Während die politischen Entscheidungsträger zu den jährlichen Veröffentlichungen der Polizeilichen Kriminalstatistik die hohe Aufklärungsquote und die rückläufigen PKS-Fallzahlen stets loben, wissen Fachleute schon lange, dass dieser Trend größtenteils durch eine Verschiebung der Kriminalität in den digitalen Raum zu begründen ist. Fakt ist, dass ein Großteil der Kriminalität im digitalen Raum nicht in der PKS dargestellt wird. Dies reduziert die Aussagekraft der PKS zur Kriminalitätslage, aber auch zur Arbeitsbelastung der Polizei, in einer zunehmenden Form, da sich gerade die Bearbeitung von Straftaten im digitalen Raum als äußerst arbeitsintensiv erweist.

Nach der Erhebung des Ist-Standes wurden in einer konzeptionellen Phase in der AG diverse Maßnahmen zur Reformierung der Kriminalitätsbekämpfung erarbeitet. In mehreren Sitzungen der AG wurden die vorgeschlagenen Maßnahmen der einzelnen Fachkreise zuneh-

mend aufeinander abgestimmt und miteinander synchronisiert. Es wird insofern deutlich, dass die AG keine Einzelmaßnahmen, sondern ein abgestimmtes Maßnahmenpaket erarbeitet hat. Um so erfreulicher ist, dass der Innenminister nun eine Umsetzung der meisten Maßnahmen vorgestellt hat. Diese sind unter anderem:

- > Umstrukturierung der Aufbauorganisation der Kriminaldirektionen, insbesondere Stärkung der taterorientierten Ermittlungen und Aufbau beziehungsweise Verfügbarkeit von Serviceeinheiten
- > Einrichtung von Cybercrime-Dienststellen in den Kriminaldirektionen
- > Einrichtung einer Dienststelle zur zentralen Anzeigenbearbeitung in jedem Polizeipräsidium
- > Anbindung der Kriminalbeamten der Polizeiinspektionen an die Kriminalinspektionen
- > Veränderungen des Studiums – Rheinland-Pfalz wird zukünftig direkt für die Kriminalpolizei ausbilden
- > Notwendige Beschaffungsvorhaben, gerade in der IT, werden umgesetzt und fortentwickelt.

Insbesondere aufgrund der engen Begleitung der Arbeiten in der AG Kriminalitätsbekämpfung ist die Landesleitung der DPoIG von der Erforderlichkeit und der Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen überzeugt und unterstützt die Reform. Finden sich doch einige Forderungen der DPoIG in den nun vorgeschlagenen Maßnahmen wieder.

Nun gilt es, die Maßnahmen umzusetzen und bei Bedarf auch fortzuentwickeln. Denn



> Florian Westrich

im Zuge der AG-Arbeit wurde eines mehr als deutlich: Die Anforderungen an die Polizei Rheinland-Pfalz steigen stetig und ändern sich immer schneller.

Im Zuge der Umsetzung wird die DPoIG insbesondere auf eine sozialadäquate Umsetzung der Maßnahmen achten. Des Weiteren darf eine Stärkung der Kriminalpolizei nicht zu einer Schwächung der Schutzpolizei führen. Aus diesem Grunde ist es nur zu begrüßen, dass die AG nicht ausschließlich die Kriminalpolizei, sondern die Kriminalitätsbekämpfung spartenübergreifend betrachtete. Ein wichtiger Punkt ist zudem, dass die Anzahl der bestehenden Funktionsstellen nicht reduziert wird. Im Rahmen der AG wurde allerdings mehrfach die Aussage getroffen, dass, im Gegensatz zur letzten Reform, keine Funktionsstellen wegfallen werden.

Der Weg kann aus Sicht der DPoIG nur in eine Richtung gehen: Eine Modernisierung der Kriminalitätsbekämpfung wird es nicht zum Nulltarif geben und ausschließlich durch Änderungen in der Aufbau- und Ablauforganisationen zum Erfolg

Impressum:

Redaktion:
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)
Fürstehofenstraße 6
54329 Konz
Tel. 06501.99605
E-Mail: polizeispiegel@dpolg-rlp.de
Landesgeschäftsstelle:
Adam-Karrillon-Straße 62
55118 Mainz
Tel. 06131.234488
Fax 06131.225267
dpolg@t-online.de
ISSN 0937-4876



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



führen. Vielmehr sind auch Investitionen zu tätigen.

Wo es erforderlich ist, müssen personelle Verstärkungen erfolgen, wobei die Unterstützung von spezialisiert ausgebildetem Personal, beispielsweise IT-Kriminalisten oder IT-Analysten, immer wichtiger wird.

Die Landesregierung wäre zu dem gut beraten, wenn sie endlich, insbesondere für Fachkräfte, eine marktgerechte Besoldungssituation herbeiführen würde. Das Land Rheinland-Pfalz ist bei der Besoldung der Fachkräfte gegenüber den benachbarten Behörden abgehängt und nicht ansatzweise konkurrenzfähig. Die zunehmende Abwanderung von Fachkräften aus der Polizei

Rheinland-Pfalz zu benachbarten Behörden beziehungsweise in Wirtschaftsunternehmen dokumentiert diese Situation mehr als deutlich. Auch wenn auf diesen Umstand seit Langem durch die Deutsche Polizeigewerkschaft und polizeiliche Führungskräfte hingewiesen wird, wurden bislang keine wirkungsvollen Maßnahmen durch die Landesregierung veranlasst.

Neben punktuellen personellen Unterstützungen durch Fachkräfte sind allerdings auch die bestehenden Arbeitsaufwände zu reduzieren. Während beispielsweise das Bundeskriminalamt ein eigenes Referat zur Digitalisierung von Arbeitsprozessen vorhält, ist das Thema Prozessmanagement beziehungsweise insbesondere die Digitalisierung von Prozessen in der Polizei Rheinland-Pfalz personell so gut wie nicht hinterlegt. Da wundert es nicht, dass die Arbeitsaufwände für gleiche Tätigkeiten stetig steigen.

Zudem müssen die Kolleginnen und Kollegen auf zeitgemäße Arbeitsmittel und eine moderne IT-Infrastruktur zurückgreifen können. Dass 2023 noch immer keine flächendeckende Ausstattung mit Mobiltelefonen erfolgt ist, ist kein technologisches oder organisatorisches Problem, sondern politischer Wille.

Es bleibt insofern zu hoffen, dass die Umsetzung des Projekts auch durch eine Aufstockung der Haushaltsmittel begleitet wird, damit die vorgeschlagenen Maßnahmen auch vollends umgesetzt werden können.

*Florian Westrich,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Ihr möchtet uns Hinweise zu den Ergebnissen der AG Kriminalitätsbekämpfung beziehungsweise zur Umsetzung des Projekts Kriminalitätsbekämpfung geben?

Dann schreibt uns gerne eine E-Mail mit euren Ideen, Gedanken und Anregungen an info@dpolg-rlp.de. Wir freuen uns über jede Meinung und euren Input.

DPolG unterwegs

Besuch der Vorstandssitzung des Fachverbands Kommunalen Vollzugsdienst, der EG Migration des PP Trier in der AfA Hermeskeil und der Mitgliederversammlung des DPolG-Kreisverbands in Koblenz.



© DPolG Rheinland-Pfalz (3)

Der Landesvorsitzende Thomas Meyer informierte sich beim stellvertretenden Leiter der EG Migration, Johannes Kopp, über die polizeilichen Aufgaben und Herausforderungen.

Der Forderung der DPolG nach mehr Personal sowie dem Einsatzmittel DEIG kommen die Behörde beziehungsweise das Ministerium nicht nach. Es gab in der Vergangenheit durchaus Vorkommnisse, die einen Einsatz des DEIG notwendig gemacht hätten, zumal eingesetzte Kräfte der BePo ebenfalls ohne DEIG unterstützen mussten. Die Flüchtlingsbewegung hält unvermindert stark an und die Kommunen ächzen. „Wir erwarten, dass Land und Kommune hier besser zusammenarbeiten“, kritisiert der Landeschef der DPolG.

Ein bedeutender Faktor auch in diesem Zusammenhang sind die Ordnungsbehörden der Kommunen. An der Vorstandssitzung des Fachverbands



Kommunalen Vollzugsdienst nahmen Landesgeschäftsführer Wolfgang Faber, DPolG-Chef Thomas Meyer und der Geschäftsführer DPolG GmbH PSG, Benno Langenberger, teil. Der alte und teils neu gewählte Vorstand leistet seit Jahren hervorragende Arbeit im Interesse der Beschäftigten und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Ausrüstung, Ausbildung und Seminare für die

Kommunen sind das große Thema des Fachverbands. Im Jahr 2022 konnten wieder über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßt werden. Weiter so!

Ende März begrüßte der Vorsitzende des Kreisverbands Koblenz, Sven Schiffmann, die anwesenden Mitglieder sowie in digitaler Form die stellvertretende Landesvorsitzende und Rechtsschutzbeauftragte Nori-



ko Nagy sowie in Präsenz den Landesvorsitzenden Thomas Meyer. „Es tut gut, sich nach Corona mal wieder zu treffen und sich auszutauschen“, sagte Sven Schiffmann. Der KV Koblenz wird unter anderem im Juni ein DPolG-Seminar in Berlin mit dem Besuch des Bundestags verbinden. ■



Bericht aus dem Hauptpersonalrat

Der Hauptpersonalrat hat in seiner Sitzung am 4. April neben personellen Maßnahmen folgende Punkte behandelt:

► **Mitbestimmungsverfahren „Informations- und Anlaufstelle ULS Polizei Rheinland-Pfalz“ beim PP ELT**

Das Pilotprojekt „Digitale Tatortdokumentation bei Großschadenslagen mittels Drohne und GPS-Positionierungssystem“ unter der Federführung der AG Sicherheit des LKA wurde zum 31. Dezember 2022 beendet. Um einen möglichst reibungslosen Übergang vom Pilotversuch in die Alltagsorganisation zu gewährleisten, ist es erforderlich, den Bedarfsträgern einen einfachen Weg zu

den bisher gewonnenen Erkenntnissen und Informationen für den Einsatz von Drohnen zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund ist beabsichtigt, beim PP ELT eine Informations- und Anlaufstelle für Fragen und Belange im Zusammenhang mit dem Einsatz von polizeilichen unbemannten Luftfahrtgeräten einzurichten.

► **AG Kriminalitätsbekämpfung**

Anfang März wurden die Befunde und Empfehlungen der AG im Intrapol veröffentlicht. Ein Katalog an Fragen und Antworten ist ebenfalls abrufbar. Der Hauptpersonalrat hat in

seiner Sitzung einen Beschluss gefasst, einen Initiativantrag an das Ministerium zu formulieren. Es geht konkret um die Einsichtnahme in den Abschlussbericht der AG sowie um die Erstellung eines eigenen Fragenkatalogs zum Bericht und dem nun folgenden Projekt, in dem es um die praktische Umsetzung der Ergebnisse und Empfehlungen geht.

► **Rahmenkonzeption Sprengung GAA**

Die Rahmenkonzeption „Bekämpfung des Kriminalitätsphänomens ‚Sprengung von Geldautomaten‘“ wurde vom Ministerium gemeinsam mit den Polizeibehörden erarbeitet. Dazu wird es auch ein Rah-

meneinsatzkonzept und ein Auswerte- und Ermittlungskonzept geben.

Es ist vorgesehen, in der nächsten HPR-Sitzung Vertreter des Mdl und des LKA zur gemeinsamen Erörterung insbesondere der personellen Planungen einzuladen.

► **Leitfaden 671: Bereitstellung von Fahrzeugen**

Dem Leitfaden, welcher die Grundsätze zum Bestellprozess für Fahrzeuge beschreibt, stimmte der HPR zu.

Er ersetzt die bisherige „Richtlinie zur Bestellung von Fahrzeugen“ und enthält vor allem redaktionelle Anpassungen. ■

► **Mehr psychologische Unterstützung für Polizistinnen und Polizisten**

Innenminister Michael Ebling und die Präsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, Sabine Maur, haben eine Kooperationsvereinbarung zur besseren Unterstützung von Polizistinnen und Polizisten in psychischen Belastungssituationen unterzeichnet.

„Unsere Polizeibeamten und Polizeibeamten sind bei ihren Einsätzen für unser aller Sicherheit immer wieder mit psychisch sehr belastenden Situationen konfrontiert. Ich denke dabei an Einsätze wie nach dem schrecklichen Mord an einer jungen Polizistin und einem

jungen Polizisten im Landkreis Kusel oder nach der Amokfahrt von Trier. Um die Gesundheit unserer Einsatzkräfte noch stärker zu schützen, wollen wir künftig psychologische Unterstützung gewährleisten, die über die unmittelbare Nachsorge des polizeilichen Kriseninterventionsteams sowie die Sozialberatung und Polizeiseelsorge in den Präsidien hinausgeht. Ich bin der Landespsychotherapeutenkammer dankbar, dass sie künftig für Fälle, in denen eine psychotherapeutische Behandlung erforderlich wird, ein besonderes Angebot für die Polizei schaffen will“, sagte Innenminister Michael Ebling.

Er begrüße zudem, dass sich die teilnehmenden Psychotherapeutinnen und -therapeuten zu den besonderen Belastungssituationen im polizeilichen Umfeld fortbilden wollten.

„Durch die Kooperation steigern wir die Möglichkeit einer rechtzeitigen psychotherapeutischen Versorgung der Betroffenen, die in ihrem Beruf besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Wir begrüßen die offene Thematisierung von psychischer Gesundheit in der Polizei“, sagte die Präsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, Sabine Maur.

Die Kooperation ergänzt die bereits in der Polizei Rheinland-Pfalz vorhandenen Beratungsangebote bei psychischen Belastungen und soll Zugangsmöglichkeiten zu psychotherapeutischer Behandlung beschleunigen und erleichtern.

Auch gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen von Landespsychotherapeutenkammer und Polizei sind Teil der Vereinbarung.

Die Kooperationsvereinbarung ist ein weiterer Baustein für gesundes Arbeiten in der Polizei Rheinland-Pfalz.



Beamtenanwärter

Optimal abgesichert in die Karriere starten

Am Anfang der Berufslaufbahn wird der Grundstock für eine optimale Absicherung gelegt und Lücken können rechtzeitig geschlossen werden.

Der Start in die Beamtenlaufbahn bringt neue, spannende Herausforderungen. Das Nützlichste, was Eltern und Kollegen dem Nachwuchs mit auf den Weg geben können, ist der Ratschlag, sich schnellstmöglich um die Absicherung der „großen“, potenziell existenzbedrohenden Risiken zu kümmern. Diese sind die Absicherung im Krankheitsfall, der Arbeitskraft, von Haftungsrisiken und Unfallrisiken. Da sich der Absicherungsbedarf bis zur Verbeamtung auf Lebenszeit ändert, sollten vom Berufsstart an wohlüberlegt die passenden Weichen für die Zukunft gestellt werden.

■ Krankenversicherung

Der Dienstherr stellt das eigene Krankenversicherungssystem, die Beihilfe. Sie trägt 50 Prozent der anfallenden Krankheitskosten (in Bremen und Hessen gelten abweichende Sätze). Meist wird ergänzend eine beihilfekonforme, private Krankenversicherung (PKV) abgeschlossen. Dazu kommt die Pflegepflichtversicherung. Die beihilfekonforme PKV der DBV Deutsche Beamtenversicherung, langjähriger Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk rund um Absicherung, bietet günstige Ausbildungskonditionen. Ein Rechenbeispiel zeigt, dass sich das lohnt: 60 bis 80 Euro monatlich bei der PKV gegenüber circa 270 Euro bei gesetzlich Versicherten. Über die Ausbildungszeit sind das also bis zu 6 840 Euro Ersparnis. dbb Mit-

glieder und ihre Angehörigen profitieren zudem von 3 Prozent Beitragsnachlass.*

▶ Schutz bei Dienstunfähigkeit

Wer in jungen Jahren aufgrund von Krankheit oder Unfall dienstunfähig ist und durch den Dienstherrn entlassen wird, steht meist ohne Absicherung da. Auch für Beamte auf Lebenszeit besteht in der Regel eine Versorgungslücke.

Tipp: Die DBV Dienstanfänger-Police bietet Einkommensabsicherung bei Dienstunfähigkeit und kombiniert diese mit einem günstigen Einstieg in die private Altersvorsorge. Später lassen sich Beiträge und Leistungen an die persönliche Situation anpassen. Beitragsnachlass für dbb Mitglieder und Angehörige: bis zu 5,5 Prozent.*

▶ Diensthauptpflicht

Eine Beamtin lässt ein Ladekabel auf dem Fußboden liegen, ein Besucher stolpert darüber, stürzt und verletzt sich dabei den Kopf an der Tischkante. Der Dienstag kennt viele solcher Beispiele. Wenn etwas schief läuft, können teure Personen-, Sach- oder Vermögensschäden entstehen. Davon schützt eine Dienst- und Vermögensschadenhaftpflichtpolice. Sie trägt die Kosten berechtigter Ansprüche und wehrt unberechtigte Forderungen ab.

Rabatt-Tipp: Durch das Bündeln mehrerer Policen (zum

Beispiel Haftpflicht, Hausrat) sind jetzt bei der DBV bis zu 38 Prozent Nachlass möglich.*

■ Unfallversicherung

Sport treiben, Motorrad fahren, Aktivurlaub: In der Freizeit tut man Dinge, die Spaß machen. Dieser ist vorbei, wenn ein Unfall die Laufbahn in den ersten Dienstjahren beendet. Die finanziellen Folgen sind dann besonders gravierend, denn in dieser Phase ist die Absicherung noch sehr gering. Die DBV bietet eine leistungsstarke private Unfallversicherung. Alle Unfälle, die in der Freizeit, im Dienst und auch auf Dienstreisen passieren, sind abgedeckt. dbb Mitglieder und ihre Angehörigen profitieren von 23 Prozent Beitragsnachlass.*

■ Weder Anwärter noch verbeamtet?

Achtung! Auch Azubis und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst sollten sich um

eine optimale Absicherung kümmern. Denn in den ersten fünf Jahren der Erwerbstätigkeit haben gesetzlich Versicherte in der Regel keinerlei gesetzliche Rentenansprüche. Eine Berufsunfähigkeit (BU) trifft sie daher besonders hart. Bei den BU-Policen der DBV ist eine allgemeine Dienstunfähigkeitsklausel ohne Mehrprämie enthalten. Das ist bei einer späteren Verbeamtung wichtig.

▶ Angebote anfragen

Auf www.dbb-vorteilswelt.de/versicherung erfahren Berufsstarter im öffentlichen Dienst mehr. Die Mitgliederagentur des dbb vorsorgewerk steht montags bis freitags von 10 Uhr bis 16 Uhr unter 030.40816444 begleitend zur Seite, erstellt gerne individuelle Angebote und vermittelt auf Wunsch einen Berater vor Ort.

* bei Neuabschluss; Stand: April 2023

▶ Wir gratulieren

Im Monat Mai 2023 haben Geburtstag:

40 Jahre

Diana Gläßer
Thomas Düttra
Nils Bruns
Anna Wagner

50 Jahre

Sandra Kerk
Beate Schmitt
Melanie Batteiger
Frank Burkhard Wagner
Rüdiger Castor
Frank Wagner

55 Jahre

Manuela Krüger
Dirk Heim

60 Jahre

Michael
Düsterhaus

65 Jahre

Wolfgang
Siener

70 Jahre

Dieter Beppler
Manfred Wiersch
Hans-Joachim Jung

77 Jahre

Klaus Garn

91 Jahre

Berthold Flieger

